hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; es kann am leichtesten wählen und die gewählten Deputierten kontrollieren. Die Sowjetorganisation *erleichtert* automatisch den Zusammenschluß aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Vorhut, das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat — das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind um so mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) — all das fällt bei der Sowjetorganisation fort. Die Pressefreiheit hört auf, Heuchelei zu sein, denn die Druckereien und das Papier werden der Bourgeoisie weggenommen. Das gleiche geschieht mit den besten Baulichkeiten, den Palästen, Villen, Herrensitzen. Die Sowjetmacht hat den Ausbeutern kurzerhand Tausende und aber Tausende dieser besten Baulichkeiten weggenommen und dadurch das Versammlungsrecht für die Massen, jenes Versammlungsrecht, ohne das die Demokratie ein Schwindel ist, *millionenmal* „demokratischer" gemacht. Die indirekten Wahlen zu den nichtlokalen Sowjets erleichtern es, die Sowjetkongresse einzuberufen, machen den *gesamten* Apparat billiger, beweglicher und für die Arbeiter und Bauern zugänglicher, und das in einer Zeit, wo das Leben brodelt und die Möglichkeit bestehen muß, einen örtlichen Abgeordneten besonders rasch abzuberufen oder zum allgemeinen Sowjetkongreß zu entsenden.

Die proletarische Demokratie ist *millionenfach* demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik.

(*Lenin-Werke Bd.28, S.245-247*)

Lest und studiert:

Grundsätzliche Nummern der ROTEN FAHNE über bürgerliche Demokratie, Faschismus und den Weg zum Sozialismus:


Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

DIE BÜRGERLICHE DEMOKRATIE BRINGT DEN FASCHISMUS HERVOR!


Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

DIE ERFORDERNISSE EINER INTERNATIONALEN MARXISTISCH-LENINISTISCHEN GENERALLINIE

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg" widerspricht dem Marxismus-Leninismus.

DISKUSSIONSGRUNDLAGE TEIL VI

GEMEINSAME STELLUNGNAHME DER REDAKTIONEN VON:

Wir bitten um Bestellung bei: ZENTRALER LITERATURDIENST POSTFACH 582 1150/9 WIEN

MLPÖ

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ), Medieninhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstraße 56. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 224 Ausgabe November 1986 S 12,-

Nationalratswahlen 1986:

IHR HABT KEINE WAHL!

Vom Begründer der Ford-Dynastie ist der Ausspruch bekannt, seinen Kunden stehe es völlig frei, sich die Farbe ihres Autos selber auszusuchen, vorausgesetzt, daß sie schwarz wählen. Die großen Waschmittelmonopole, welche die Öffentlichkeit bis zum Erbrechen mit ihrer Reklameflut überschwemmen, haben diese "Wahlmethode" etwas weiterentwickelt. Zwar bieten sie im Grunde alle dasselbe - und zu denselben räuberischen Bedingungen, wofür genaue Absprachen sorgen ! - doch die N a m e n dafür sind verschieden und allenfalls auch die Beimischungen von Farbkörnchen, deren ganze Funktion darin liegt, gleichen Substanzen ein verschiedenes Aussehen zu geben.

Am 23.November 1986 wird sich ein ähnliches Reklamemanöver, vorbereitet und gemanagt mit ganz den selben Tricks auf p o l i t i s c h e r Ebene abspielen: Die wahlberechtigten Österreicher und Österreicherinnen können sich "frei" entscheiden, vorausgesetzt bloß, daß sie wählen, was man ihnen anbietet. Sie können darüber nachdenken, welche "Farbtupfen" die schöneren sind, die rosaroten oder die schwarzen, die grünen oder gar die braun schimmernden - die mit diesen "Tupfen" verzierten Programme aber sehen einander so ähnlich wie ein faules Ei dem anderen. Mögen die Leute wählen, was sie wollen - herauskommt im Prinzip immer das gleiche altbekannte, aber immer teurer werdende Zeug.

Man lege die Wahlprogramme der einzelnen "wahlwerbenden Parteien" nebeneinander ! Von den Namen und der verschiedenen Betonung der einzelnen Schlagworte abgesehen, wird nur ein erfahrener Beobachter auseinander halten können, was von der einen und was von der anderen Partei serviert wird. Im Reden sind sie alle groß, spielen sie sich alle als "Retter des Volkes und des Vaterlandes" auf - aber k e i n e e i n z i g e dieser Parteien denkt daran, den herrschenden Übeln an die Wurzel zu gehen. Und zu gegebener Zeit wird jede dieser Parteien für das Weiterbestehen und Nochschlimmerwerden aller Übel die anderen Parteien verantwortlich machen und eine neue Blankovollmacht für ihren eigenen Betrug an den Massen fordern.

Es ist ein ekelerregendes Schauspiel, das da vor der Öffentlichkeit abgezogen wird. Der betrügerische Zynismus und die hemmungslose Demagogie, die es kennzeichnen, sind eine ununterbrochene Beschimpfung und Beleidigung der Wähler, die in des Wortes unmittelbarsten Sinn "für dumm verkauft" werden sollen. Die modernen Seelenfänger der bürgerlichen Werbeindustrie vertreten seit langem den Standpunkt, daß die Massen des Volkes nicht denken können, man

Aus dem Inhalt:

sich daher der primitivsten Mittel bedienen und sich auf das niedrigste Niveau orientieren soll. So kommt es, daß sich die Führer der größten Parteien auf ihren Wahlveranstaltungen und in ihren Reklamespots wechselseitig heruntermachen, obwohl sie gestern noch ein Herz und eine Seele waren und es schon morgen wieder sein werden, wenn es darum geht, das arbeitende Volk zu prellen und ihm die Taschen zu leeren.

VRANITZKY-MOCK - SEIFENPRODUKTWERBUNG !

****

Am 6.11.1986 gab es im ORF ein "Journal-Panorama", in dem wörtlich unter anderem zu hören war:

"Waschmittelwerbung dürfte das gängigste Schlagwort dafür sein, was da an den Plakatwänden passiert.

Günther Schweiger, Professor für Werbung und Marketing an der Wiener Wirtschaftsuniversität, würde dafür allerdings einen anderen Begriff verwenden, ohne diesen Inhalt die Berechtigung abzusprechen:

'Also ich würde sagen, das Niveau der Waschmittelwerbung haben wir nicht. Wir haben eher das vergleichbar mit einem S e i f e n p r o d u k t '"

Tatsächlich, bei diesem Wahlkampf geht es nur darum, die Wähler e i n z u - s e i f e n und Schaum zu schlagen...

VOR DEN KULISSEN WAHLKAMPFTHEATER - HINTER DEN KULISSEN VORBEREITUNGEN AUF EINE GROSSE KOALITION

Daß es bei diesen Wahlen in Wahrheit überhaupt keine Wahl gibt, beweisen auch die jetzt schon getroffenen Vorbereitungen und Absprachen über eine mögliche Neuauflage der berüchtigten "Grossen Koalition", wobei die Wahlen bloß die Reihenfolge Vranitzky-Mock oder Mock-Vranitzky ausknobeln sollen, was aber völlig Jacke wie Hose ist.

Es ist ja wirklich toll: Die ÖVP weist jetzt mit aller Stimmkraft nach, daß die SP-Führer ein Unglück für das österreichische Volk seien und kann das tatsächlich mit 1000 überzeugenden Beispielen belegen. Gleichzeitig trommelt die SP-Führung, daß die ÖVP, die Mock und Konsorten ein Unglück für das österreichische Volk wären und auch sie haben recht und können ihre Feststellung mit 1000 Beispielen belegen. Aber kaum wird das Wahltheater vorüber sein, und werden SP und VP eine Koalitionsregierung bilden, werden sie behaupten, daß damit kein zweifaches Unglück eintritt, sondern eine Wohltat !

Wen darf es wundern: Die einen wie die anderen sind Diener der g l e i c h e n Herrn, nämlich des österreichischen Finanzkapitals. - Und das gilt selbstverständlich auch für die politischen Halsabschneider von der FPÖ, die sich heuchlerisch in die Pose einer "echten Opposition" zur Großen Koalition werfen, um "Protestwähler" auf ihren reaktionären Leim zu locken.

Selbst wenn eine der großen Parteien in "Opposition" gehen sollte, ändert sich dadurch nichts, denn "Opposition" heißt in diesem System nichts anderes als für einige Zeit auf "Tauchstation" zu gehen, leichter Demagogie treiben und die alten Untaten vergessen machen zu können, nur um dann in der nächsten Parlamentsperiode wieder in die alten Sessel turnen und wie üblich weitermachen zu können.

Was auch immer bei diesen Wahlen herauskommen wird, fest steht so oder so: D u r c h g e - f ü h r t wird einzig und allein das reaktionäre und arbeiterfeindliche "Programm" des Monopolkapitals. Das wird absolut nicht zur Wahl gestellt. Wer sich von den verlogenen Wahlversprechungen nicht völlig einnebeln läßt, müßte eigentlich auch merken, daß diese Herrschaften ja schon die Messer wetzen, um nach den Wahlen mit noch ungenierterer Hemmungslosigkeit über die arbeitenden Massen herzufallen, um deren "Stimmen" sie jetzt buhlen.

MIT EINER "PROTESTSTIMME" DEN HERRSCHENDEN EINEN "DENKZETTEL" VERPASSEN ?

An dieser Stelle ist es auch angebracht, mit dem beliebten spießbürgerlichen Gerede vom "Denkzettel", vom Stimmzettel als Protestwerkzeug aufzuräumen. Mit einer "Proteststimme" könne man der regierenden Bande immerhin eins auswischen, einen Nasenstüber geben, hoffen manche naive Leute. Ganz eindeutig liegt dieser einfältigen Argumentation die völlig falsche Vorstellung zugrunde, daß die Abgeordneten des bürgerlichen Parlaments zwar sehr schlechte, im Grunde aber doch sowas wie "Volksvertreter" seien, denen man durch Entzug von einigen Prozent Wählerstimmen Beine machen könne, ihre "Aufgaben besser zu erfüllen". Daß diese Herren das Volk nach Strich und Faden belügen und betrügen, wird damit als Verletzung ihrer Aufgaben, als Nichterfüllung ihrer Bestimmung verstanden, womit die Wahrheit ins glatte Gegenteil verdreht wird.

Wie unsinnig die Vorstellung vom "Protestwählen" ist, zeigt die ganze Geschichte des Parlamentarismus mit ihrem typischen Bäumchen-Wechsle-Dich-Spiel, bei dem die "Protestwähler" immer die eine Räuberbande durch die andere ersetzen. Oder anders gesagt: Die Unterdrückten haben lediglich die "Wahl", ob sie der rechte oder der linke Stiefel des Kapitals in den Hintern treten soll !

Aber das ist ja eben die wunderbare Möglichkeit, welche der Parlamentarismus den Parteien und Politikern des Kapitals bietet: die Träger des Systems können in immer neuen Masken, nicht nur mit immer neuen Tricks, sondern selbst als was "Neues" auftreten, können sich mit immer neuen Varianten der Demagogie den "Protestwählern" als "Alternative" anbieten, ohne daß sich jemals das geringste ändert.

> **Einmal in mehreren Jahren entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus.**
>
> L E N I N

ALS ECHTE "ALTERNATIVE" DIE "GRÜNEN" WÄHLEN ?

Ja - könnte man einwenden - aber diesmal gibts doch einmal was anderes, was sogar dem Namen nach "alternatives", die diversen "Grünen" !

T a t s ä c h l i c h ??

Gerade heute kann man aus den diversen Erklärungen und Bekenntnissen der verschiedenen "grünen" Sprecher und Sprecherinnen eindeutig ersehen, daß sie alles mögliche ändern wollen an der Kosmetik dieser Gesellschaftsordnung, aber unter keinen Umständen wollen sie das herrschende Ausbeuter- und Profitsystem abschaffen !

Bezeichnend ist schon, daß Meissner-Blau, die oberste "Grüne", strikt jegliche Zusammenarbeit mit Gegnern des herrschenden Systems ablehnt. Gleichzeitig bietet sie bereits jetzt ihre wohlwollende Duldung und Unterstützung einer Minderheitsregierung im Parlament an, ganz egal, ob eine solche von der SPÖ oder von der ÖVP gebildet würde.

Allerdings, die von Meissner-Blau - übrigens ganz zu unrecht - als "linkslinke" denunzierten anderen "Grün"-Gruppierungen stehen ebenso unmißverständlich auf dem Boden der herrschenden Ausbeuterordnung. In Anlehnung an den SPÖ-Parlamentsklub-Obmann Sepp Wille, der den Kapitalismus in Österreich als schon längst "überwunden" bezeichnete, erklärte zum Beispiel die Listenführerin der Wiener "GAL" A.Komlosy es für absurd, heute noch für die Abschaffung des Kapitalismus kämpfen zu wollen.

Mit ihrem Bekenntnis zur absoluten Gewaltfreiheit geben die "Grünen" den Herrschenden außerdem von vornherein auch die beruhigende Versicherung, der Kapitalherrschaft unter keinen Umständen jemals gefährlich werden zu wollen oder zu können.

Was soll man von solchen "Grünen" im Kampf gegen die Auswirkungen, ganz zu schweigen von den Grundlagen des kapitalistischen Ausbeutersystems erwarten können ? Nein, mit diesen Grünen kommt ihr auf keinen grünen Zweig, diese "Alternativen" sind keine Alternative !

"LINKS WÄHLEN" ? - "K"PÖ WÄHLEN ?

Bleibt noch die Muhri-"K"PÖ, die sich gerade jetzt als einzig wirkliche "linke Kraft" glaubhaft zu machen sucht. Glaubt man ihren Phrasen, so täte nur eine Stimme für die "K"PÖ den Herrschenden wirklich weh. Aber auch die revisionistische "K"PÖ ist k e i n e Alternative. Was sie von den anderen wahlwerbenden Parteien unterscheidet, ist höchstens der Umstand, daß die Kluft zwischen Wort und Tat bei ihr womöglich noch g r ö ß e r ist als bei jenen. Diese Partei versucht den Arbeitern genau wie die anderen bürgerlichen Parteien ein X für ein U vorzumachen und sie mit Illusionen einzuschläfern. Zum Beispiel verkündet sie, daß durch einige "K"PÖ-Abgeordnete im Parlament eine "demokratische Kontrolle" gegeben sei - als ob nicht die eigentlichen "Staats"geschäfte hinter den Kulissen abgewickelt werden und die wirklichen Entscheidungen in den Chefetagen des Finanzkapitals fallen. Der größte Betrug ist aber die konterrevolutionäre These, als könne schließlich das bürgerliche Parlament in ein "Organ des Volkswillens" umgewandelt werden, als gäbe es einen friedlich-parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

MOCKS TRAUMROLLE - DIE SCHAUMROLLE !

Alois Mock will kein Showman sein. Er ist echt und ehrlich. Er ist kein Schauspieler. Und doch hat er eine Traumrolle: die Schaumrolle. Die Süßigkeiten sind für den Nichtraucher Alois Mock das, was für andere Zigaretten sind. Statt Rauch inhaliert er lieber Vanillekipferln. Im Urlaub, den die Mocks jedes Jahr in einem anderen österreichischen Bundesland verbringen, verkostet Alois gerne die jeweiligen lokalen Spezialitäten. So kommt es, daß er die Bundesländer schon an ihrem Geschmack erkennt.

Aus einer ÖVP-Wahlwerbung

LENIN ÜBER DEN PARLAMENTARISMUS

"Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeicheleien, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und Wohltaten verspricht - wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten."

(Lenin, "Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", LW 23, S.114/115, 1916, Sperrungen im Original)

"Hier heißt es (in Engels' Schrift 'Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats', AdV) eben, daß jeder Staat, in dem das Privateigentum am Grund und Boden und an den Produktionsmittel besteht, in dem das Kapital herrscht, wie demokratisch er auch sein mag, ein kapitalistischer Staat ist, eine Maschine in den Händen der Kapitalisten, um die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft in Botmäßigkeit zu halten. Das allgemeine Wahlrecht aber, die Konstituierende Versammlung, das Parlament . das ist nur die Form, eine Art Wechsel, der am Wesen der Sache nicht das mindeste ändert.

Das Kapital, ist es einmal da, herrscht über die ganze Gesellschaft, und keinerlei demokratische Republik, keinerlei Wahlrecht ändern etwas am Wesen der Sache."

(Lenin, "Über den Staat", LW29, S.476/477, 1919)

"Es muß noch hervorgehoben werden, daß Engels mit größter Entschiedenheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist

'... der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat...'

Die kleinbürgerlichen Demokraten vom Schlage unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie ihre leiblichen Brüder, alle Sozialchauvinisten und Opportunisten Westeuropas, erwarten eben vom allgemeinen Stimmrecht 'mehr'. Sie sind in dem falschen Gedanken befangen und suggerieren ihn dem Volke, das allgemeine Stimmrecht sei 'im heutigen Staat' imstande, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Realisierung zu sichern."

(Lenin, "Staat und Revolution", LW 25, S.405/406, 1917)

"Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder der Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, ersetzen."

(Lenin, "Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten", LW 30, S.42, 1919, Sperrungen im Original)

WAHLEN KÖNNEN NICHTS ÄNDERN - DER WURM SITZT IM SYSTEM !

Im Grunde ist es reichlich egal, ob nun die eine oder andere Partei ein paar Prozent gewinnt oder verliert, ob die kommende Regierung Vranitzky-Mock oder Mock-Vranitzky heißt oder sonstwie. Das Übel ist das herrschende System, und nicht die mehr oder weniger grosse Brutalität, Korruptheit, Raffgier oder auch Blödheit der geschworenen Verweser dieses vor unser aller Augen verfaulenden kapitalistisch-imperialistischen Ausbeutersystems.

Es ist einfach verlogen, wenn die bürgerlichen Parteien wechselseitig erklären, daß lediglich eine "verfehlte Politik" an diesen oder jenen "Mißständen" schuld sei, weshalb man nur die richtige Partei und die richtigen Politiker wählen müsse, damit es besser werde, damit "bessere Zeiten" kämen oder endlich das "moderne Österreich" zum Durchbruch komme.

Steigende Ausbeutung der Massen durch Lohnraub und Steuerwucher, Massenprellerei größten Stils durch Teuerung und Inflation, Massenentlassungen und zunehmende Arbeitslosigkeit, verschärfte soziale Unsicherheit und Sozialabbau, skrupelloser Raubbau an den Werktätigen und an der Natur, Krisen und Kriege sind mit der Existenz des kapitalistischen Systems untrennbar verbunden. Die Krankheiten dieses Systems sind unheilbar und nach vorübergehenden Zeiten scheinbarer Erholung und Besserung wird es insgesamt noch schlimmer und ärger.

Man kann keins dieser Übel ausrotten, ohne das ganze kapitalistische System zu stürzen, das sie hervorbringt wie die Wolke den Regen. Dieses System muß fallen, sonst gibt es keine Rettung und wird alles nur noch schlimmer.

Das eben ist der Kern, über den mit dem ganzen verlogenen Wahlspektakel hinweggetäuscht werden soll, wobei alle wahlwerbenden Parteien, ob SP, VP, FP, "KP" oder Grüne, engstens zusammenwirken, Spießgesellen sind.

DER KAPITALISMUS MUSS GESTÜRZT WERDEN, WENN ES KEINE ANGST VOR DEM MORGEN GEBEN SOLL !

Die mit dem Blut der Arbeiter erkauften Erfahrungen der Geschichte zeigen: Niemals werden sich die Herrschenden friedlich "abwählen" lassen. Niemals werden sie sich auf "friedlich-parlamentarischem Wege" ihr Ausbeuterparadies wegnehmen lassen. Es gibt wirklich nur einen einzigen Ausweg aus diesem durch und durch verfaulten imperialistischen System mit all seinen Pest- und Eiterbeulen: Das ist eine diese Ausbeuterverhältnisse völlig umstürzende Revolution, die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staates, der nichts anderes ist als ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

ARBEITERARISTOKRATISCHE SP-LÜGENMÄRCHEN IM INTERESSE DES KAPITALS !

In der "Neuen Arbeiterzeitung" vom 20.10.1986 ließ man Emilie Janata, Betriebsratsobfrau der Firma Huyck-Austria, Gloggnitz, folgendes von sich geben:

> Heute ist es halt einfach ‚in', wenn man zum Beispiel ein Zweitauto vor der Türe stehen hat oder in fast jedem Raum einen Farbfernseher, ganz zu schweigen von Geschirrspüler, Waschmaschine, Mikrowellenherd oder einer Videoanlage.
>
> Daß wir uns all diesen Komfort leisten können, verdanken wir letztlich der Arbeitnehmerpolitik, die in den letzten 15 Jahren von seiten der SPÖ betrieben wurden.

Kann man sich krassere Lügen, eine ärgere und skrupellosere Beschönigung der kapitalistischen Klassenwirklichkeit in Österreich noch vorstellen ? Das wird selbst durch die bürgerlichen Statistiken widerlegt, die eindeutig zeigen, daß sich die breiten Massen der Werktätigen das alles eben nicht leisten können. Das ist ein reiner Hohn auf die tatsächliche Lage eines jeden einfachen Arbeiters oder einer einfachen Arbeiterin, der kleinen Angestellten, der kleinen Bauern usw.

Wenn diese Frau Janata von "wir" spricht, so meint sie damit in Wirklichkeit nur eine kleine Minderheit, im wesentlichen nämlich die kleine Schichte bessergestellter Arbeiteraristokraten, die vom Finanzkapital bestochen ist, die Posten und Pöstchen in den Gewerkschaften, Genossenschaften usw. besetzt halten und von der Masse des Volkes völlig entfremdet sind.

Erst wenn mittels der revolutionären Diktatur des Proletariats (die in der UdSSR und den anderen ehemals sozialistischen Ländern schon längst in ihr Gegenteil verkehrt worden ist) die Millionenmassen schaffender Menschen in Stadt und Land s e l b s t das Sagen haben, das heißt wenn die proletarische Demokratie verwirklicht wird mit dem Ziel des Aufbaus einer neuen sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft - erst dann sind wirklich die Voraussetzungen geschaffen für ein von den Übeln und Gefahren, Lasten und Katastrophen des Kapitalismus befreites, menschenwürdiges Leben.

Deshalb gibt es keine dringendere Aufgabe als die systematische Vorbereitung auf die siegreiche Durchführung dieser großen Aufgabe. Dafür müssen mit höchster Energie die revolutionären Kräfte gesammelt und geschmiedet werden. Das schließt unter bestimmten Voraussetzungen auch die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments als Tribüne des Klassenkampfes, für die Propaganda der proletarischen Revolution ein, aber nicht auf das Parlament und auf die um die gut bezahlten Sitze dieses Parlaments buhlenden Parteien darf die österreichische Arbeiterklasse ihre Hoffnungen setzen, sondern auf ihre e i g e n e K a m p f k r a f t außerhalb des Parlaments, in den B e t r i e b e n und auf der S t r a ß e .

STATT WUNDERGLAUBEN AN DEN STIMMZETTEL - DIE AUFGABEN DES REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPFES ANPACKEN !

Wirklich w e h tut den Herrschenden nicht das Kreuzl an irgendeiner Stelle des Wahlzettels für eine der Wahl"alternativen", die keine sind, sondern:

* wenn den Arbeitern endlich der Geduldsfaden reißt, wenn sie selbständig den K a m p f aufnehmen, wenn sie s t r e i k e n , B e t r i e b e b e s e t z e n , für ihre Forderungen d e m o n s t r i e r e n , kurzum D r u c k machen gegen das Kapital und seine Handlanger;

* wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen sich nicht mehr gegeneinander ausspielen und aufsplittern lassen, sondern sich im Kampf z u s a m m e n s c h l i e ß e n , wenn sie die Waffe der proletarischen S o l i d a r i t ä t anwenden, insbesondere auch mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen;

* wenn sie dem Geist des proletarischen I n t e r n a t i o n a l i s m u s gemäß tatkräftig die von der eigenen imperialistischen Bourgeoisie unterjochten und ausgesaugten Völker unterstützen.

Vor allem aber tut den Herrschenden wirklich weh, wenn sich die bewußtesten Kräfte der Arbeiterklasse ernsthaft daran machen, ihren revolutionären politischen Kampfstab zu schaffen. Denn alle geschichtlichen Erfahrungen haben ebenfalls bewiesen: O h n e das Vorhandensein einer wirklich revolutionären marxistisch-leninistischen Partei ist an die siegreiche Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution gar nicht zu denken.

Die MLPÖ versteht sich als die Aufbau- und Entwicklungsform einer solchen zu schaffenden starken Vorhutpartei der Arbeiterklasse, die den Klassenkampf des Proletariats in all seinen Formen leitet, eng mit den Massen verbunden ist, aufrichtig Kritik und Selbstkritik übt und gewappnet mit der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus, den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die für die siegreiche sozialistische Revolution nötige Bewußtheit und Organisiertheit schafft.

Nur die Organisierung des revolutionären außerparlamentarischen Massenkampfes der Arbeiterklasse selbst für ihre Gegenwarts- und Zukunftsinteressen, die echte Arbeit für den Aufbau einer starken marxistisch-leninistischen Partei vor allem, kann die Sache des Proletariats weiterbringen !

* * *

Die österreichische Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen haben am 23.November 1986 keine Wahl ! Sie dürfen sich nicht der Illusion hingeben, zwischen verschieden großen Übeln ein kleineres auswählen zu können, denn wer eines dieser Übel wählt, hat in Wirklichkeit a l l e gewählt, hat den ganzen Sumpf gewählt, der alle diese buntschillernden üblen Blasen hervorbringt.

Will sie ihren wahren Interessen dienen, so muß die österreichische Arbeiterklasse am 23.November dem ganzen S y s t e m dieser Übel eine A b s a g e erteilen.

Das werktätige Volk Österreichs hat bei dieser Wahl wahrhaftig keine andere Wahl als den a k t i v e n

● W A H L B O Y K O T T ! ●

Der einzig sinnvolle Gebrauch des Stimmzettels liegt jetzt darin, ihn jenen Demagogen zerknüllt v o r d i e F ü ß e z u w e r f e n , die am 23.November auf Dummenfang ausgehen.

Laßt Euch nicht mißbrauchen ! Boykottiert dieses Wahltheater oder streicht den Stimmzettel durch ! Das ist auch ein Strich durch die Rechnung Eurer Ausbeuter und Unterdrücker !

★

ERSTE KRITISCHE SCHLAGLICHTER AUF DIE "GRÜNEN"

In der letzten Zeit sind die "Grünen" und "Alternativen" öffentlich verstärkt in Erscheinung getreten. Aber wie ! Angesichts der bevorstehenden Nationalratswahlen haben die diversen "Grünen" bereits ganz hemmungslos ihre Hosen heruntergelassen und stellen ungeniert ihre Blöße zur Schau. Ohne Zweifel gilt das besonders für die oberste Gallionsfigur der "Grünen"-Bewegung in Österreich, Frau Meissner-Blau.

DER FELDZUG DER MEISSNER-BLAU GEGEN GEGEN ALLES LINKSVERDÄCHTIGE

Es war ja schon erstaunlich genug, daß das langjährige SPÖ-Mitglied und die Lebensgefährtin des Ex-Chefredakteurs des SP-Zentralorgans Paul Blau, plötzlich eine "Alternative" repräsentieren sollte. Welche wundersame Wandlung müßte da eingetreten sein, wenn aus dieser verdächtigen Ecke was Fortschrittliches kommen sollte. Die Praxis zeigt, daß es diese Wandlung wirklich nicht gegeben hat.

Sattsam in Erinnerung ist noch die Rolle von Meissner-Blau in der Hainburger Au. In einer Fernsehdiskussion rühmte sie sich, wie es ihr gelungen sei, Angehörige der "linken Szene" aus der Au "wegzuekeln" (18.12.84, Club 2, vgl. dazu RF 214, S.6/7). Damals war sie noch SP-Mitglied.

In ihrer Rolle als Zaunwächterin gegen alle wirklichen oder vermeintlichen Linken hat sie sich dann umso mehr noch bewährt, als sie formell schon aus der SP ausgetreten war und als "grüne" Präsidentschaftskandidatin auftrat. So stellte sie sich auf der Anti-WAA-Demo am 15.5.1986 demonstrativ als Beschützerin vor den Wiener SP-Bürgermeister Zilk (vgl. dazu RF 223, S.23).

Das alles wird aber bereits weit in den Schatten gestellt von dem, was sich diese Patent-Demokratin seitdem leistet.

So hat schon die von ihr ultimativ durchgesetzte Nominierung eines Staatsanwalts auf einem "sicheren" Listenplatz gezeigt, was bei ihr, bei der "Königin", wie ihr Spitzname unter den Grünen sinnigerweise lautet, alles möglich ist. Nicht nur, daß ihr Staatsanwalt zu seinem jetzigen grünen Gewand kam wie die Jungfrau zum Kind, ist es noch dazu jener, der seit einiger Ewigkeit die Androsch-Akte bearbeitet. Bisher hat er leider nichts Greifbares gefunden und durch seinen Abgang gibt er jetzt einem anderen Staatsanwalt die Möglichkeit, wieder monate- oder jahrelang "die Akten zu studieren" und natürlich wieder nichts Greifbares zu finden.

Kurz danach kam die nächste selbstherrliche Initiative der Königin: In einem Willkürakt, dem zu folgen sogar einem Nenning nicht opportun erschien, strich sie gewählte Kandidatinnen von der Liste, wobei sie sich genau jener Argumente bediente, welche die extremste Reaktion seit Jahr und Tag verwendet: es seien linke Unterwanderer, Chaoten, kommunistische Mitläufer, also politisches Gesindel, das "nicht paktfähig" sei ! Sie schleudert ihre Bannflüche gegen alles, was ihr als links verdächtig ist, haarscharf in der selben Sprache, mit der selben Methode, wie das ihr Herr Gemahl viele Jahre lang als Schüler Oskar Pollaks als Chefredakteur der "AZ" getan hat !

Hat man bis vor kurzem ein Programm* der

---

* Die Redaktion der RF hat in der RF Nr.214 einen eigenen Artikel angekündigt, der sich mit der "grün-alternativen" Bewegung in Österreich ausführlicher auseinandersetzen wird. Mit den vorliegenden "Streiflichtern" ist ein Beginn dieser nötigen Auseinandersetzung gemacht. In weiteren Beiträgen dazu werden wir zu gegebener Zeit das "Programm" bzw. die diversen "Programme" und politischen Forderungen der "Grünen" und "Alternativen" näher beleuchten, wobei es vor allem darauf ankommt, die hinter diesen Programmen stehenden ideologisch-politischen Vorstellungen und deren Ursprünge, Charakter und Konsequenzen aufzuzeigen.

"Liste Freda Meissner-Blau" überhaupt nicht bekannt, so ist allein schon die Methodik, der man sich bedient, umso beredter und höchst aufschlußreich. Da stellt sich die Meissner-Blau frech als Sprecherin jener "Viertelmillion von Österreichern" vor, die ihr bei den Präsidentenwahlen die Stimme gaben und betreibt im Namen dieser Viertelmillion ihr autoritäres und reaktionäres Spiel - als ob jeder, der bei den Bundespräsidentenwahlen die Meissner-Blau ankreuzte, sie damit zu einem Generalbevollmächtigten auf Lebenszeit ernannt hätte ! Es ist ein impertinenter Mißbrauch von Wählerstimmen, um nichts anders als jener, welchen die traditionellen Partei- und Regierungspolitiker seit eh und je betreiben. Jene, welche die Meissner-Blau bei den Präsidentenwahlen ankreuzten in der Hoffnung, sie vertrete einige fortschrittliche, vielleicht sogar linke Positionen, erleben jetzt, wie diese Frau im Namen eben dieser Wähler Fußtritte nach links bzw. nach linksverdächtig austeilt.

Schlimmer noch: Jene, die sie jetzt als Sektierer, Chaoten, Linkslinks usw. begeifert, auf den Wellen der konterrevolutionären Meinungsmache reitend zu diskreditieren versucht, gehören nicht nur zum Teil zu jener "Viertelmillion", mit der sie heute auftrumpft, sondern unter ihnen waren oft auch ihre eifrigsten Wahlwerber. Vielfach waren eben sie es, welche dieser Dame auf das hohe Roß halfen, von dem herunter sie ihnen jetzt in den Hintern tritt. Man muß ein absolut unverdächtiger Anbeter des parlamentarischen Kretinismus sein, um in den Augen der Frau Viertelmillion Gnade zu finden. Sie selbst ist den bürgerlichen Parlamentariern der üblichen Sorte sogar in gewisser Weise voraus: denn wenn jene, kaum gewählt, auch schon von Volksvertretern zu Volkszertretern werden, versucht die Meissner-Blau schon v o r den Wahlen jene zu zertreten, die sie aufs Podium gestellt haben.

DIE "GRÜNE" OPPOSITION ZU MEISSNER-BLAU - EBENFALLS IM FAHRWASSER DES PARLAMENTARISCHEN KRETINISMUS

Kommen wir zu den "nichtblauen" Grünen, den von der Meissner-Blau als "linkslinks" verdächtigten Grünen, den halblinken Grünen wie etwa die Gruppe um die Komlosy, deren Ziele angeblich so furchtbar "antiparlamentarisch" seien. Wer erwartet hatte,daß diese "Grün-Alternativen", als ihr Konflikt mit der Königin ausbrach, zeigen würden, um welche Grundfragen, um welche wesentlichen Ziele, Methoden usw. die Auseinandersetzung ging, welche Widersprüche es gab, die so fundamental waren, daß es zum Bruch kam (inzwischen ja sogar zur Anfechtung der Kandidatur der Komlosy-Gruppe durch die Meissner-Blau bei der Wahlbehörde !), erlebte eine schwere Enttäuschung. Die Leute hatten Radio, Fernsehen, Zeitungen zur Verfügung, um ihre grundsätzlichen Standpunkte klarzumachen. Aber statt dessen jammerte die Komlosy, daß man in allen wesentlichen Dingen, in allen Sachfragen doch ganz und gar einer Meinung sei, es garkeine Gegensätze gäbe, weshalb man weiter auf gemeinsame Kandidatur hoffe und warte ! Und selbst als diese Hoffnung für diese Nationalratswahlen in die Brüche ging, betonten sie ihr unverändertes Ziel der Einheit mit den Meissner-Blau-Leuten. Ja, selbst der unverfrorene Selbstherrschaftsakt der Absetzung der gewählten Kandidatinnen in Wien wird von Komlosy noch verniedlicht mit dem Hinweis auf "ein menschliches Problem", das nämlich, daß sie selbst und Meissner-Blau eben verschiedenen Generationen angehören (siehe "Kronen-Zeitung", 12.10.1986).

Mit dieser Verneinung grundlegender Meinungsverschiedenheiten aber machen die von Meissner-Blau Verstoßenen ja selber klar, daß es bloß um Ranglereien um Listenplätze, um persönliche Rivalitäten geht, darum, wer den Sprung an den Futternapf schaffen wird und wer nicht !

Und verwechselt die Meissner-Blau sich selbst mit einer Viertelmillion Wählern bzw. Wählerstimmen, so verwechselt sich die Komlosy sogar mit der Basis der Grün-Alternativen-Bewegung überhaupt und versucht das als Trumpf gegen die "Königin" auszuspielen. "Ich hingegen", erklärte sie gegenüber der "Kronenzeitung", "ich bin die Basis" (KZ, 12.10.).*

* Im Grunde behandeln sowohl Leute wie Meissner-Blau als auch Komlosy die "Basisarbeit", die sie irgendwo geleistet haben, sei es in der Hainburger Au oder in der Anti-Abfangjäger-Bewegung als demagogisches politisches K a p i t a l , das man einmal aufgehäuft haben muß, um in der "Bewegung" einen Fixstarterplatz für höhere Aspirationen, nämlich eine parlamentarische Karriere zu haben.

Abgesehen von derartig haarsträubenden Absurditäten ist ja überhaupt charakteristisch für fast alles, was man von den diversen "Grünen" hört: Kaum essentielle Fragen und Forderungen, dafür endlose Spekulationen, mit wievielen Mandaten man wohl rechnen könne. Der äußerste Vorwurf der einen gegen die anderen ist schon der, daß das Verhalten der anderen die Mandatschancen schmälere. Es ist der erbärmlichste parlamentarische Kretinismus und Idiotismus, der hier Urständ feiert und noch dazu die Stirn hat, sich als eine "Alternative" vorzustellen. - Als ob es an den in diesem Lande herrschenden Verhältnissen auch nur das Geringste ändern würde, ob neben den traditionellen Kralshütern des Kapitals auch noch 3,10 oder auch 20 Blaumeisen oder andere Vögel im Parlament sitzen und dessen Debatten "bereichern".

Alle diese "Grünen" und "Alternativen" ohne Ausnahme schwören doch bei Gott bzw. allen Naturheiligen, daß sie beileibe keinerlei Absichten hätten, das herrschende System zu ändern, sondern alle ihre Vorstellungen, Wünsche und Forderungen streng im Rahmen und unter Aufrechterhaltung der ganzen alten Ausbeuterordnung verwirklichen wollten. Würden diese Herrschaften wenigstens den Mut haben, die Ursachen und Quellen halbwegs beim Namen zu nennen, aus denen die ganze vielschichtige Misere der Gegenwart kommt, so könnte man wenigstens hoffen, daß sie daraus auch gewisse Konsequenzen ziehen und auch was entsprechendes tun und nicht nur reden. Aber sie s a g e n nichteinmal was Brauchbares, umgehen in weitem Bogen auch in ihren Reden und Versprechungen alles Wesentliche, verwahren sich aufgeregt gegen jeglichen Verdacht, nicht systemtreu zu sein.

"Wir sind die ökologische, soziale und demokratische Alternative zu den Altparteien", erklären "Die Grünalternativen - Demokratische Liste". Daß es damit nicht weit her ist, daß das buchstäblich ein G e r ü c h t ist, läßt sich bereits anhand einiger Beispiele zeigen.

"EINDEUTIGE ZUSTIMMUNG" ZUM ANTIKOMMUNISMUS - GRUNDLAGE ALLER GRÜNEN

Sämtliche "Grüne" und "Alternative" sind sich völlig einig bei der erzreaktionären antikommunistischen Gleichsetzung "rot = braun". So heißt es in dem "Grundsatzvertrag" von ALÖ, VGÖ, BIP und GRAS-Wien, zu dem sich die Meissner-Blau-Gegner nach wie vor und vehement bekennen:

> "Wir lehnen Faschismus in jeder Form ab. Wir lehnen kommunistische Diktaturen ab. Jede Tätigkeit ist gebunden an eindeutige Zustimmung zu diesen Prinzipien."

Wer mitmachen will, muß also zunächst mal "eindeutig" seinen Antikommunismus unter Beweis stellen. Man rede sich nicht darauf heraus, daß damit ja die heutigen Staaten des "realen Sozialismus" gemeint seien. Dort existiert in Wahrheit ja überhaupt keine "kommunistische Diktatur", d.h. keine revolutionäre Diktatur des Proletariats, welche die proletarische Demokratie verwirklicht, sondern dort bestehen heute reaktionäre Diktaturen einer neuen Bourgeoisie. Diese bürgerlichen Staaten als "kommunistische Diktaturen" hinzustellen, ist eines der beliebtesten Manöver der Marktschreier des Kapitals, um mit dem Hinweis auf die Verhältnisse dort, den wirklichen So-

KOMMUNISTEN-AUFSPÜRNASE !

Am 12.Oktober 1986 ist in der "Kronen-Zeitung" eine zweiseitige Reportage eines Herrn Jeannée über die Spitzenkandidatin der Wiener "GAL", Andrea Komlosy, erschienen. Sozusagen als Quintessenz schreibt Jeannée über Komlosy als "Fredas Alptraum":

> "Ich habe eine feine Nase... Und Kommunisten r i e c h e i c h k i l o m e t e r w e i t . Frau Dr.Komlosy i s t k e i n e ."

Daß Frau Komlosy "keine Kommunisten ist", mag sprachlich interessant sein, aber interessanter noch ist sicherlich, daß ein fähiger Mitarbeiter der hiesigen Journeille nicht nur ein durch jahrelangen allzu intensiven Gebrauch übergroß gewordenes Maul als Berufswerkzeug herumschleppt, sondern auch ein ganz spezielles Riechorgan, eine McCarthy-Nase, die auf Ausschnüffeln von Kommunisten, kommunistischen Ansichten und Absichten trainiert ist, garnicht zu reden von den bekannten Dichand-Falken-Augen, denen nichts verborgen bleibt.

zialismus und Kommunismus zu verunglimpfen. Genau dieses üble Spiel machen diese "Grün-Alternativen" mit, natürlich auch darauf schielend, für alle möglichen "wertkonservativen" Leute, sprich Spießbürger und Reaktionäre, annehmbar zu sein.

"EINDEUTIGE ZUSTIMMUNG" ZUR VERFASSUNG DES KAPITALS - EBENFALLS GRUNDLAGE DER GRÜN-ALTERNATIVEN

Gerade auch die als besonders "linkslinks" verschriene Spitzenkandidatin der Wiener "GAL" hat eindeutig klargemacht, daß bei ihnen nur mitmachen darf, wer sich unzweideutig zur bürgerlichen Verfassung dieses Staates bekennt, deren Kernpunkt bekanntlich die Sanktionierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, d.h. die Sicherung der kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse ist. Komlosy erklärte:

> "Wir werden tätig auf der Grundlage der Verfassung. Jede Betätigung in der gemeinsamen Organisation und in der gemeinsamen Kandidatur ist gebunden an die eindeutige Zustimmung zu diesem P r i n z i p." ("Wochenpresse", 10. 10.1986)

Erica Fischer meinte schließlich in ihrer Rede auf dem Wiener Treffen der GRAS am 4.November, auf dem sie an der 2.Stelle der Wiener Liste nominiert wurde*, daß man die kapitalistische Gesellschaft wohl absehbar nicht abschaffen könne. Daraus schlußfolgert sie faktisch, daß man sich mit dem Kapitalismus grundlegend abfinden müsse und gelangt zu der jämmerlichen reformistischen Konsequenz:

> "E i n z e l a s p e k t e verändern können wir aber sehr wohl."
> (Zitiert nach "die linke" Nr.15/86)

Das ist es ja, das altbekannte Lied aller Reformisten: Mit dem Hinweis darauf, daß das "Endziel" in geradezu unerreichbarer Ferne liege, wird plattester Reformismus, Herumdoktern an den Symptomen der kapitalistischen "Ordnung", der völlige Verzicht auf den Kampf für den revolutionären Sturz dieses verfluchten Systems gepredigt. Herauskommen kann dabei höchstens, daß den unheilbaren Gebrechen des Kapitalismus einige Pflaster aufgeklebt werden. Kurzum: Nicht anders als die Sozialdemokratie und die modernen Revisionisten wollen sich die "Grünen" als Ärzte am Totenbett des sterbenden Kapitalismus betätigen.

Noch unverblümter als ihre Kollegin E.Fischer äußerte sich dazu A.Komlosy:

> "Für die Abschaffung des Kapitalismus hätte man im 19.Jahrhundert eintreten können, als er in voller Blüte stand, aber jetzt ?"
> (Komlosy, in der "Kronenzeitung", 12.10.1986)

Der Kapitalismus steht heute gewiß nicht mehr in seiner "vollen Blüte". Wir leben in der Epoche des Imperialismus, des sterbenden, faulenden, parasitären Kapitalismus, des Monopolkapitalismus. Aber ist das vielleicht ein Grund, nicht mehr für die "Abschaffung des Kapitalismus" eintreten zu können ? Bricht dieses System vielleicht von selbst zusammen oder wächst es vielleicht spontan in den Sozialismus hinein, dem man durch reformistische "Kleinarbeit" nur noch etwas nachhelfen müsse ? Natürlich nicht ! Nichts Reaktionäres fällt von allein, sondern man muß es niederschlagen !

> *"Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine V e r n i c h t u n g , nicht um die Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen."*
> *(Karl Marx/Friedrich Engels, "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1859", MEW 7, S.248)*

Aber diese Leute wollen offenbar wirklich nichts Wesentliches ändern. Sie wollen die herrschende Ordnung bewahren und bloß ein paar ihrer unvermeidlichen Auswirkungen und Folgen wegzaubern. Mag ein solcher Standpunkt auch einer Frau Komlosy annehmbar erscheinen, die im Falle ihrer Nichtwahl ins Parlament eine Assistentenstelle an der Universität antreten kann. Für die breiten Massen der arbeitenden Menschen ist ein solcher Standpunkt objektiv ein Hohn, denn sie leiden tagtäglich unter den immer ärger werdenden Lasten dieses Systems. Ihnen ist mit irgendwelchen kosmetischen Änderungen an der Fassade dieser Ausbeuterordnung überhaupt nicht geholfen. Mit anderen Worten: Die Grün-Alternativen befinden sich mit ihrer grundlegenden Position im diametralen Gegensatz zu den entscheidenden Lebensinteressen der Arbeiterklasse und anderen vom Kapital niedergehaltenen und ausgepreßten Werktätigen.

* Erica Fischer hat nach den Attacken der Meissner-Blau und Konsorten ihre Kandidatur zurückgezogen.

ALTERNATIVE ODER AUFFANGBECKEN ?

Was bleibt also ? Sie nennen sich zwar "alternativ", präsentieren sich als "Alternative zu den Altparteien", aber sind es in keiner Weise und wollen es effektiv auch garnicht sein.

"Diese Republik braucht unsere Opposition", verkündet die Liste Meissner-Blau in ihrem "Offenen Kurzprogramm" und proklamiert: "Gegenüber der kommenden Ganz-Großen-Koalition sind wir die große Opposition."

Im Grunde bietet sich mit diesen "Grünen" - und die Komlosy-"Alternativen" unterscheiden sich davon nur unwesentlich - ein Auffangbecken für Unzufriedene an. Ein solches Auffangbecken in Form einer s o l c h e n "Großen Opposition", die gegen rechts schwätzt, sofern sie's tut, jedenfalls aber gegen links schlägt, ist für die Stabilisierung "dieser Republik" von kaum zu unterschätzender Bedeutung; nicht nur angesichts einer großen Koalition, sondern vor allem angesichts einer zunehmend krisenhaften Entwicklung und angesichts der von den Herrschenden befürchteten wachsenden Empörung unter den werktätigen Massen.

Mit dieser Feststellung darf man es sich allerdings nicht zu einfach machen und es wäre irrig anzunehmen, daß die Angelegenheit "Grüne" damit erledigt sei. Unvermeidlich werden Massen von Unzufriedenen, die noch voller Illusionen sind und sich auch nicht so schnell von diesen Illusionen befreien werden, ihre Hoffnungen auf die "Grün-Alternativen" setzen, von denen sie sich vielfach immerhin ein kräftiges "Umrühren" dieser versteinerten Verhältnisse erwarten. Und die "Grünen" und "Alternativen" werden auch in dieser Richtung diese oder jene Handlung setzen, zu dieser oder jener Kampagne des "bürgerlichen Ungehorsams" usw. aufrufen. Sie m ü s s e n das auch tun, falls sie nicht allzu schnell ihren Einfluß verspielen wollen wie vordem der SP-"Linke" Cap, auf dessen Vorzugsstimmen von den letzten Nationalratswahlen sie jetzt spekulieren.

Die arbeitenden Menschen werden ihre Erfahrungen mit den "Grünen" machen. Für uns Marxisten-Leninisten kommt es nicht nur darauf an, den utopischen und reaktionären Gehalt des von den "Grünen" verkündeten Programms klarzumachen, sondern vor allem auch auf ihre wirklichen Taten zu sehen und ihre Untauglichkeit als echte Alternative für fortschrittliche Menschen nicht nur anhand ihrer Worte und nicht so sehr anhand ihrer Worte, sondern insbesondere anhand ihrer T a t e n nachzuweisen.


Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 222 — Ausgabe September 1986 — S 16,-

Angesichts der Wahl Waldheims und der Regierungsumbildung:

DAS GANZE ÜBEL MUSS BEKÄMPFT WERDEN!

Von Friedrich Engels stammt der bekannte Satz, daß allgemeine Wahlen im kapitalistischen Staat ein "Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" sind. Gegen den reformistischen Aberglauben an die Macht des Stimmzettels fügte er hinzu, daß diese niemals mehr sind und sein können als eben solche "Gradmesser".

In der Tat ist auch die Wahl Waldheims zum "Ersten Mann im Staat" ein "Gradmesser". Daß dieser Mann mit mehr als 53 % der abgegebenen Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt wurde, gibt ein verheerendes Bild vom Zustand in diesem Land.

Es braucht hier gar nicht im einzelnen aufgezählt zu werden, vor

Aus dem Inhalt:

Erfahrungen mit den "Grünen" in der BRD, die zu denken geben sollten

Dahin, wo die "Grünen" Österreichs hinwollen, da s i n d die "Grünen" in der BRD zum Teil ja bereits. Zum einen nämlich im Parlament, zum anderen aber bereits auch in der Regierung, nämlich in der Hessischen Landesregierung, wo die "Grünen" eine Koalition mit der SPD eingegangen sind und mit Joschka Fischer den "Umweltminister" stellen.

Es lohnt sich also, sich die dort mit den "Grünen" gemachten Erfahrungen näher anzuschauen, wobei wir uns hier auf zwei Hauptpunkte beschränken.

I. O.SCHILY UND DIE "GRÜNEN"-PARTEI: PAZIFISMUS FÜR DIE DEMONSTRANTEN - GEWALTMONOPOL FÜR DEN STAAT !

Die "Grünen" Westdeutschlands haben schon sehr deutlich gezeigt, wohin das auch von den "Grünen" Österreichs verkündete Prinzip der "Gewaltlosigkeit" in der Praxis führt.

Einer der führenden Vertreter der "Grünen", Schily, bringt unverblümt zum Ausdruck, wie seine Haltung zum Staat des westdeutschen Imperialismus ist:

"Ich bin ganz strikt der Meinung, daß wir auf das GEWALTMONOPOL DES STAATES n i c h t verzichten können." ("Frankfurter Rundschau", 8.11.1984)

Die einzige Kraft, die demzufolge ihre Politik mit G e w a l t durchsetzen darf, sind die Kräfte des bürgerlichen Staatsapparats, Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr !

Und auf welcher Seite solche Hauptvertreter der "Grünen" wie Schily stehen werden, wenn der Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus durch r e v o l u t i o n ä r e G e w a l t bedroht und bekämpft werden wird, drückt er folgendermaßen aus:

"Jedoch darf keine Unklarheit darüber entstehen, daß Personen oder Gruppen, die mit Mord und anderen Gewaltmaßnahmen den Staat und die Gesellschaft bekämpfen, mit den gebotenen staatlichen Sanktionen entgegengetreten werden muß." ("Frankfurter Rundschau", 11.3.85)

Das ist deutlich ! Angesichts solch klarer Bekenntnisse zum Monopol der herrschenden imperialistischen Staatsgewalt wird auch die Bedeutung der zugleich propagierten Gewaltfreiheit gegenüber den Gegnern dieses Staates klar*. Diese Losung dient solchen führenden Köpfen der "Grünen" dazu, fortschrittlich und revolutionär gesinnte Menschen, die den Widerstand beginnen, völlig hilflos dem Tränengas, den Wasserwerfern und den Polizeiknüppeln der Staatsgewalt auszuliefern.

Hinter dieser Konzeption steckt die infame Doppelmoral:

GEWALTSAMER WIDERSTAND GEGEN DIESEN STAAT - N E I N !

GEWALT VON SEITEN DIESES STAATES ZUR UNTERDRÜCKUNG DIESES WIDERSTANDS - JA !

Nur konsequent, daß die "Grünen" in Hessen z.B. dem Kauf modernster Wasserwerfer zugestimmt haben, eben jener Wasserwerfer, die aus Hessen herbeigeschafft in WACKERSDORF mit CS-Gas gegen Anti-WAA-Gegner zum Einsatz kamen.

II. "GRÜNES" AUSLÄNDERGESETZ ? - DIE HALTUNG DER "GRÜNEN" IST CHAUVINISTISCH !

Der verantwortliche Bundestagsabgeordnete der "Grünen" für die Kommission

* Näherer Betrachtung wert ist die von Schily gebrauchte Wendung "Mord und andere Gewaltmaßnahmen". Faktisch bedeutet diese Formulierung, jegliche Gewaltanwendung im Kampf gegen die herrschende "Ordnung" mit Mord gleichzusetzen, als etwas dem Mord Wesensgleiches zu erklären, die Verfechter solcher Gewaltanwendung als sowas wie Mörder zu denunzieren ! Man sieht, welch ausgekochter Demagoge der Herr ist und wie gut er als solcher ins bürgerliche Parlament paßt.

"Ausländische Arbeitnehmer"*, Uli Fischer, verbreitet in einer faschistischen türkischen Zeitung, der er ein Interview gab:

"Deutschland hat immer Bedarf an Müllmännern und Bergarbeitern."

"An den Arbeitsplätzen, wo jetzt türkische Arbeiter arbeiten, wollen Deutsche nicht arbeiten." ("Nokta", Nr.45 vom 8.1.84, zitiert nach der Übersetzung in "Türkei-Information" Nr.22 vom 3.2.1984)

Daher gibt es laut Fischer von den "Grünen" keinen Grund für eine "Türken-raus"-Politik ! Und außerdem...?

"Außerdem haben die Arbeitgeber keine Klagen über die Türken, die sie beschäftigen. Im Gegenteil, sie sind sehr zufrieden. Die türkischen Arbeiter arbeiten viel, nehmen keinen Urlaub, werden nicht krank." (Ebenda)

Auch d a s ist Teil des alltäglichen Rassismus in der BRD und nicht nur dort: Türken als Müllmänner sind unentbehrlich - g r ü n e r Rassismus !

Als staatstragende Kraft gehen die "Grünen" in Hessen inzwischen so weit, sich direkt zu beteiligen und Verantwortung zu übernehmen für die "ausnahmsweise" ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG !

ABSCHIEBEHAFT UND ABSCHIEBUNG sind ausdrücklich vorgesehen in der Regierungs-"VEREINBARUNG ZWISCHEN SPD UND GRÜNEN IN HESSEN IN DER AUSLÄNDERPOLITIK" !!

* * *

Die "Grünen" Österreichs wollen haarscharf den gleichen Weg zur "Mitverwaltung" des bürgerlichen Staats und der kapitalistischen Gesellschaft gehen. Eher wollen sie die "Grünen" der BRD da noch von rechts überflügeln. Nennung etwa hält da die "Grünen" Westdeutschlands noch für viel zu zaghaft und verkündet:

"Unser Demokratieverständnis lautet: Mitwirken an der Verantwortung, wenn es sinnvoll ist." ("Kurier", 25.6.86)

Bleibt anzumerken, daß die hiesigen "Grünen" schon vom Start weg unvergleichlich "rechter" in Erscheinung treten als die BRD-"Grünen" das anfangs taten und zum Teil sogar heute noch tun.

* Die völlige bürgerliche Anpassung eines Uli Fischers oder anderer "Grüner" äußert sich auch in den von ihnen verwendeten Begriffen. Fischer spricht nicht etwa von Arbeitern und Kapitalisten, sondern von "Arbeitnehmern" und "Arbeitgebern" und betreibt damit die für die Bürgerlichen typische Verschleierung der wirklichen Klassenverhältnisse, der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie, die sich unentgeltlich den von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert aneignet.





LENIN ZUR FRAGE: WAS IST DIE REVOLUTIONÄRE ALTERNATIVE ZUM BÜRGERLICHEN PARLAMENTARISMUS ?

Gibt es überhaupt eine revolutionäre Alternative zur bürgerlichen Demokratie ? Oder ist der bürgerliche Parlamentarismus, wenn auch nicht frei von verschiedenen Mängeln, immerhin doch noch die beste Regierungsform, ja sogar die einzig mögliche angesichts unserer "hochtechnisierten Industriegesellschaft" ? Ist alles andere demgegenüber zwar vielleicht gutgemeinte, aber nichtsdestoweniger doch nur phantastische Utopie, wie angeblich ja auch die Zustände im sogenannten "realen Sozialismus"* beweisen würden ?

Die klare marxistisch-leninistische Antwort auf diese Fragen ist sehr wichtig, um allen, die den Bankrott dieser kapitalistischen "Ordnung" und die Verlogenheit ihrer "Demokratie" vor Augen haben, eine wirkliche revolutionäre Perspektive aufzuzeigen.

Zu diesem Zweck drucken wir nachfolgend zwei Abschnitte aus einer der grundlegendsten Schriften des Marxismus-Leninismus zu dieser Frage ab, nämlich aus Lenins Werk "Staat und Revolution".

Lenin zeigt darin, daß die marxistisch-leninistische Antwort auf alle diese Fragen frei ist von jeglichem Utopismus: Die Entwicklung des Kapitalismus selbst, insbesondere die Entwicklung der modernen Großproduktion, macht den Übergang zu einer höheren Form der Demokratie, zur proletarischen Demokratie, welche für die bis dahin ausgebeutete Mehrheit zum erstenmal wirkliche Demokratie bringt, nicht nur notwendig, sondern auch möglich.

Im Hinblick auf die heutige UdSSR und andere ehemals sozialistische oder volksdemokratische Staaten ist von besonderer Bedeutung auch Lenins Hinweis, daß es seinerzeit nach der Februarrevolution die Menschewiki und Sozialrevolutionäre dahin gebracht haben, "auch die Sowjets nach dem Vorbild des schäbigsten bürgerlichen Parlamentarismus zu versauen, sie in blosse Schwatzbuden zu verwandeln."

Die Sowjets sind die für die Verwirklichung der Ziele der proletarischen Revolution geeignetste Form, das zeigt Lenin in "Staat und Revolution" anhand der Erfahrungen der Pariser Kommune. Aber die Sowjets sind eben eine Form, sie können und dürfen nicht losgelöst gesehen werden vom Inhalt, der durch sie verwirklicht werden

* Es lohnt sich, über den von den Revisionisten erfundenen und verwendeten Begriff "realer Sozialismus" nachzudenken. Es gibt also einen "realen Sozialismus" und einen anderen, offenbar nicht realen, utopischen, theoretischen oder sonstwie geisterhaften Sozialismus, der irgendwo in einem Büchel steht, aber im realen Leben eben nicht existiert. Es ist ganz unmißverständlich: dieser als nicht real, praktisch als garnicht realisierbar hingestellte Sozialismus ist natürlich jener, wie er den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus entspricht. Ihm, d.h. der ganzen weltbewegenden Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, wird mit dem Begriff des sogenannten "realen Sozialismus" ein Fußtritt versetzt, er wird faktisch als weltfremde Spinnerei abqualifiziert, verneint und für unmöglich erklärt.

Tatsächlich hat der wissenschaftliche Sozialismus, haben die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin, hat der Marxismus-Leninismus sowie die ganze darauf basierende Praxis der revolutionären Arbeiterbewegung seit Marx und Engels mit dem, was in der DDR und anderen revisionistischen Ländern als "realer Sozialismus" angeboten wird, nicht das mindeste gemein. Das ist aber keineswegs so, weil etwa die Realität notwendigerweise eine Karikatur der Vorstellung sein müsse, oder weil etwa die Praxis der Theorie zwangsläufig Hohn sprechen müsse, sondern einfach deshalb, weil die Revisionisten Verräter auf der ganzen Linie sind, was sie mit ihrer jämmerlichen Formel vom "realen Sozialismus" ein Übrigesmal zeigen.

soll. Nimmt die kommunistische Partei, die an der Spitze der Diktatur steht, eine revisionistische Linie an und beginnt eine antiproletarische, bürgerliche Politik durchzuführen, wird in der Folge die proletarische Diktatur in ihr Gegenteil verkehrt, so werden mit sämtlichen sozialistischen Errungenschaften auch die Sowjets entartet, in unbedeutsame Hülsen verwandelt. Tatsächlich ist es den Chruschtschow-Breshnew-Revisionisten nach dem Tode Stalins gelungen, die Sowjets "nach dem Vorbild des schäbigsten bürgerlichen Parlamentarismus zu versauen".

Diese unbestreitbare Tatsache, die sehr genau analysiert werden muß, ändert aber nicht im geringsten etwas daran, daß die Prinzipien der Pariser Kommune, die in der Oktoberrevolution ihre Vollendung in den Sowjets gefunden haben und in der Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins wirkliche Machtorgane der siegreichen Arbeiterklasse waren, ihre uneingeschränkte Gültigkeit besitzen. Die Lehren aus der Geschichte können und dürfen nicht darin bestehen, von diesen Prinzipien abzugehen, sondern nur darin, sie noch genauer und gründlicher zu erfassen und noch wachsamer und konsequenter in die Tat umzusetzen, ihre Aushöhlung zu verhindern mit einer korrekten proletarischen Klassenpolitik, lebendiger proletarischer Demokratie, umfassender Klassenkontrolle, Kampf gegen Bürokratismus und Liberalismus, ständiger Kritik und Selbstkritik.

Daß gegenwärtig nirgendwo in der Welt eine solche Staatsmacht der Arbeiterklasse, ein solcher Staat vom Typus der Pariser Kommune, ein Staat der Diktatur des Proletariats, wie ihn Marx analysierte, existiert, ändert nichts an der wahrhaft historischen, zukunftsweisenden Bedeutung aller diesbezüglichen Versuche und Erfolge, die früher oder später mit geschichtlicher Notwendigkeit zu ihrem unabänderlichen und bleibenden Triumph führen werden.

* * *

Dem Text aus Lenins "Staat und Revolution" haben wir noch einen Auszug aus seinem Werk "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" über den Gegensatz von bürgerlicher und proletarischer Demokratie beigefügt. Dort wird einerseits besonders plastisch herausgearbeitet, worin die Verlogenheit der bürgerlichen Demokratie besteht und andererseits, was unter der proletarischen Staatsmacht die materiellen Voraussetzungen und Garantien einer wirklichen Demokratie für die Millionenmassen sind.



W. I. LENIN

STAAT UND REVOLUTION

DIE LEHRE DES MARXISMUS VOM STAAT UND DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IN DER REVOLUTION

1. WODURCH IST DIE ZERSCHLAGENE STAATSMASCHINERIE ZU ERSETZEN?

Auf diese Frage gab Marx 1847 im „Kommunistischen Manifest" eine noch völlig abstrakte Antwort, richtiger: eine Antwort, die die Aufgaben, nicht aber die Methoden ihrer Lösung zeigte. Sie ist zu ersetzen durch die „Organisation des Proletariats als herrschende Klasse", durch die „Erkämpfung der Demokratie" – das war die Antwort des „Kommunistischen Manifests".

Ohne sich auf Utopien einzulassen, erwartete Marx von den *Erfahrungen* der Massenbewegung eine Antwort auf die Frage, welche konkreten Formen diese Organisation des Proletariats als herrschende Klasse annehmen wird, in welcher Weise sich diese Organisation vereinen lassen wird mit der möglichst vollständigen und folgerichtigen „Erkämpfung der Demokratie".

Die Erfahrungen der Kommune, so gering sie auch waren, unterzieht Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich" der genauesten Analyse. Wir führen hier die wichtigsten Stellen aus dieser Schrift an:

> Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die aus dem Mittelalter stammende „. . . zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand . . ." Mit der Entwicklung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit „. . . erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfs bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offner und offner hervor." Die Staatsmacht wird nach der Revolution von 1848/1849 „. . . das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit". Das zweite Kaiserreich festigt dieses.
>
> „Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune." „Die Kommune war die bestimmte Form . . ." „. . . einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst."

Worin bestand nun diese „bestimmte" Form der proletarischen, sozialistischen Republik? Wie war der Staat beschaffen, den sie aufzubauen begonnen hatte?

> „Das erste Dekret der Kommune war . . . die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk."

Diese Forderung steht heute in den Programmen aller Parteien, die als sozialistische gelten wollen. Aber was ihre Programme wert sind, erkennt man am besten aus dem Verhalten unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gerade nach der Revolution vom 27. Februar auf die Verwirklichung dieser Forderung in der Praxis verzichtet haben!

> „Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse . . .
>
> Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für *Arbeiterlohn* besorgt werden. Die erworbnen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst . . . Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen . . . Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, . . . sie sollten . . . fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein."

Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar „nur" durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit jedoch bedeutet dieses „nur", daß im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt wurden. Hier ist gerade einer der Fälle des „Umschlagens von Quantität in Qualität" wahrzunehmen: Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (=einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist.

Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und eine der Ursachen ihrer Niederlage bestand darin, daß sie das nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie dies bisher immer, sei es unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnsklaverei der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes *selbst* ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine „besondre Repressionsgewalt" *schon nicht mehr nötig!* In diesem Sinne *beginnt* der Staat *abzusterben.* An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Offizierskorps des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.

Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung eine von Marx hervorgehobene Maßnahme der Kommune: die Beseitigung der Repräsentationsgelder jeder Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter *aller* Amtspersonen im Staat auf das Niveau des „*Arbeiterlohnes*". Hier gerade kommt am klarsten der *Umschwung* zum Ausdruck – von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Unterdrückerdemokratie zur Demokratie der unterdrückten Klassen, vom Staat als „*besondrer Gewalt*" zur Niederhaltung einer bestimmten Klasse, zur Niederhaltung der Unterdrücker durch die *allgemeine Gewalt* der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern. Und gerade in diesem, besonders anschaulichen und was den Staat betrifft, wohl wichtigsten Punkt hat man die Marxschen Lehren am gründlichsten vergessen! In den populären Kommentaren, deren Zahl Legion ist, wird davon nicht gesprochen. Es ist „üblich", darüber zu schweigen, als handelte es sich um eine überlebte „Naivität", ungefähr so, wie die Christen die „Naivitäten" des Urchristentums mit seinem demokratisch-revolutionären Geiste „vergaßen", nachdem das Christentum zur Staatsreligion erhoben worden war.

Die Herabsetzung der Gehälter der höheren Staatsbeamten erscheint „einfach" als Forderung eines naiven, primitiven Demokratismus. Einer der „Begründer" des neuesten Opportunismus, der frühere Sozialdemokrat Eduard Bernstein, übte sich wiederholt im Nachplappern der trivialen bürgerlichen Spötteleien über den „primitiven" Demokratismus. Wie alle Opportunisten, wie auch die jetzigen Kautskyaner, hat er absolut nicht begriffen, erstens, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne eine gewisse „Rückkehr" zu „primitivem" Demokratismus *unmöglich* ist (wie soll denn sonst der Übergang zur Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme erfolgen?), und zweitens, daß „primitiver Demokratismus" auf der Basis des Kapitalismus und der kapitalistischen Kultur etwas anderes ist als der primitive Demokratismus der Urzeit oder der vorkapitalistischen Zeit. Die kapitalistische Kultur hat die Großproduktion, hat Fabriken, Eisenbahnen, Post, Telefon u. a. *geschaffen,* und *auf dieser Basis* sind die meisten Funktionen der alten „Staatsmacht" so vereinfacht worden und können auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben können, so daß man sie für gewöhnlichen „Arbeiterlohn" wird leisten und ihnen jeden Schimmer eines Vorrechts, eines „Vorgesetztenrechts" wird nehmen können (und müssen).

Die uneingeschränkte Wählbarkeit und die *jederzeitige* Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen „Arbeiterlohn", diese einfachen und „selbstverständlichen" demokratischen Maßnahmen, bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Mehrheit der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt. Diese Maßnahmen betreffen die staatliche, rein politische Umgestaltung der Gesellschaft, aber sie bekommen vollen Sinn und Bedeutung selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung oder Vorbereitung begriffenen „Expropriation der Expropriateure", d. h. mit dem Übergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.

> „Die Kommune", schrieb Marx, „machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen – wohlfeile Regierung – zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob."

Aus der Bauernschaft wie auch aus den anderen Schichten des Kleinbürgertums gelangt nur eine geringfügige Minderheit „nach oben", „bringt es zu etwas" im bürgerlichen Sinne, d. h. wird entweder zu wohlhabenden Leuten, zu Bourgeois, oder zu gut versorgten, privilegierten Beamten. Die gewaltige Mehrheit der Bauernschaft wird in jedem kapitalistischen Land, in dem es überhaupt Bauern gibt (was in den meisten kapitalistischen Ländern der Fall ist), von der Regierung unterdrückt und sehnt deren Sturz, sehnt eine „wohlfeile" Regierung herbei. Verwirklichen kann das *nur* das Proletariat, und indem es das verwirklicht, macht es zugleich einen Schritt zur sozialistischen Umgestaltung des Staates.

3. AUFHEBUNG DES PARLAMENTARISMUS

> „Die Kommune", schrieb Marx, „sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit . . .
>
> Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen."

Diese bemerkenswerte Kritik am Parlamentarismus, die aus dem Jahre 1871 stammt, gehört jetzt infolge des herrschenden Sozialchauvinismus und Opportunismus ebenfalls zu den „vergessenen Worten" des Marxismus. Die Minister und Berufsparlamentarier, die Verräter am Proletariat und „Geschäfts"sozialisten unserer Tage überließen die Kritik am Parlamentarismus gänzlich den Anarchisten und verschrieen aus diesem erstaunlich klugen Grunde *jede* Kritik am Parlamentarismus als „Anarchismus"!! Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß das Proletariat der „fortgeschrittenen" parlamentarischen Länder, angeekelt durch den Anblick solcher „Sozialisten" wie der Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati und Co., seine Sympathien immer öfter dem Anarchosyndikalismus zuwandte, obwohl dieser der leibliche Bruder des Opportunismus war.

Doch für Marx war die revolutionäre Dialektik nie jenes leere Modewort, jene Kinderklapper, zu der sie Plechanow, Kautsky und andere gemacht haben. Marx verstand es, mit den Anarchisten rücksichtslos zu brechen, weil diese es nicht vermochten, auch nur den „Saustall" des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, besonders in Zeiten, da offensichtlich keine revolutionäre Situation vorhanden ist; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionär-proletarische Kritik am Parlamentarismus zu üben.

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.

Wirft man aber die Frage des Staates auf, betrachtet man den Parlamentarismus als eine der Institutionen des Staates unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben des Proletariats auf *diesem* Gebiet, wo ist dann der Ausweg aus dem Parlamentarismus? Wie soll man da ohne ihn auskommen?

Wieder und immer wieder muß man sagen: Die auf dem Studium der Kommune begründeten Marxschen Lehren sind so gründlich vergessen worden, daß dem heutigen „Sozialdemokraten" (lies: dem heutigen Verräter am Sozialismus) eine andere Kritik am Parlamentarismus als eine anarchistische oder reaktionäre einfach unverständlich ist.

Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in „arbeitende" Körperschaften. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit."

„Nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende" Körperschaft – das ist den modernen Parlamentariern und parlamentarischen „Schoßhündchen" der Sozialdemokratie direkt ins Stammbuch geschrieben! Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen u. a.: die eigentlichen „Staats"geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das „niedere Volk" hinters Licht zu führen. Das ist so wahr, daß sich selbst in der russischen Republik, in der bürgerlich-demokratischen Republik sofort, noch bevor sie Zeit fand, ein richtiges Parlament zu schaffen, alle diese Sünden des Parlamentarismus geltend machten. Solche Helden des modrigen Spießbürgertums wie die Skobelew und Zereteli, Tschernow und Awksentjew haben es zuwege gebracht, auch die Sowjets nach dem Vorbild des schäbigsten bürgerlichen Parlamentarismus zu versauen, sie in bloße Schwatzbuden zu verwandeln. In den Sowjets hauen die Herren „sozialistischen" Minister die vertrauensseligen Bäuerlein mit Phrasen und Resolutionen übers Ohr. In der Regierung wird ein ewiger Tanz aufgeführt, einerseits, um der Reihe nach möglichst viele Sozialrevolutionäre und Menschewiki „an die Krippe" gut bezahlter und ehrenvoller Posten zu setzen, und anderseits, um die „Aufmerksamkeit" des Volkes „zu beschäftigen". In den Kanzleien, in den Stäben wird inzwischen „Staats"arbeit „geleistet"!

„Delo Naroda", das Organ der an der Regierung beteiligten Partei der „Sozialrevolutionäre", gestand kürzlich in einem redaktionellen Leitartikel mit der unnachahmlichen Offenherzigkeit der Menschen aus der „guten Gesellschaft", in der „alle" politische Prostitution treiben, daß selbst in den von (mit Verlaub zu sagen!) „Sozialisten" geleiteten Ministerien, daß selbst hier der gesamte Beamtenapparat im Grunde der alte bleibt, auf diese alte Weise funktioniert und jedes revolutionäre Beginnen ganz „frei" sabotiert! Ja selbst wenn dieses Eingeständnis nicht vorläge, ist denn der tatsächliche Verlauf der Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an der Regierung nicht Beweis genug? Bezeichnend ist hier nur, daß die Herren Tschernow, Russanow, Sensinow und sonstigen Redakteure des „Delo Naroda", die sich in ministerieller Gemeinschaft mit den Kadetten befinden, dermaßen jede Scham verloren haben, daß sie sich nicht scheuen – als handle es sich um eine Bagatelle –, öffentlich zu erzählen, ohne zu erröten, daß „bei ihnen" in den Ministerien alles beim alten ist!! Revolutionär-demokratische Phrasen zur Betörung der einfältigen Bauern und bürokratische Verschleppung aller Angelegenheiten zur „Zufriedenstellung" der Kapitalisten – das ist das *Wesen* der „ehrlichen" Koalition.

Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete gibt es hier *nicht*. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und *müssen* wir sie uns denken, soll die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht ein leeres Gerede sein, soll das Streben nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aufrichtig und ernst gemeint und nicht eine „Wahl"parole sein, um Arbeiterstimmen zu fangen, wie es bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären, den Scheidemann und Legien, den Sembat und Vandervelde der Fall ist.

Es ist äußerst lehrreich, daß Marx da, wo er auf die Funktionen *jener* Beamtenschaft zu sprechen kommt, die auch die Kommune und die proletarische Demokratie braucht, zum Vergleich die Angestellten eines „jeden andern Arbeitgebers" heranzieht, d. h. ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen mit „Arbeitern, Aufsehern und Buchhaltern".

Bei Marx findet man auch nicht die Spur von Utopismus in dem Sinne, daß er sich die „neue" Gesellschaft erdichtet, zusammenphantasiert. Nein, er studiert – wie einen naturgeschichtlichen Prozeß – die *Geburt* der neuen Gesellschaft *aus* der alten, studiert die Übergangsformen von der alten zur neuen. Er hält sich an die tatsächlichen Erfahrungen der proletarischen Massenbewegung und ist bemüht, aus ihr praktische Lehren zu ziehen. Er „lernt" von der Kommune, wie alle großen revolutionären Denker sich nicht gescheut haben, aus den Erfahrungen der großen Bewegungen der unterdrückten Klasse zu lernen, ohne jemals pedantische „Moralpredigten" an sie zu richten (in der Art von Plechanow: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen" oder Zereteli: „Eine Klasse muß sich Selbstbeschränkung auferlegen").

Von einer Vernichtung des Beamtentums mit einem Schlag, überall, restlos, kann keine Rede sein. Das wäre eine Utopie. Aber mit einem Schlag die alte Beamtenmaschinerie *zerbrechen* und sofort mit dem Aufbau einer neuen beginnen, die allmählich jegliches Beamtentum überflüssig macht und aufhebt – das ist *keine* Utopie, das lehrt die Erfahrung der Kommune, das ist die direkte, nächstliegende Aufgabe des revolutionären Proletariats.

Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der „Staats"-verwaltung, er macht es möglich, das „Vorgesetztenwesen" zu beseitigen und das Ganze auf die Organisation der Proletarier (als herrschende Klasse) zu reduzieren, die im Namen der gesamten Gesellschaft „Arbeiter, Aufseher und Buchhalter" einstellen wird.

Wir sind keine Utopisten. Wir „träumen" nicht davon, wie man *unvermittelt* ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte; diese anarchistischen Träumereien, die auf einem Verkennen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhen, sind dem Marxismus wesensfremd, sie dienen in Wirklichkeit nur dazu, die sozialistische Revolution auf die Zeit zu verschieben, da die Menschen anders geworden sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, wie sie gegenwärtig sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter" nicht auskommen werden.

Aber unterzuordnen hat man sich der bewaffneten Avantgarde aller Ausgebeuteten und Werktätigen – dem Proletariat. Die spezifische „Vorgesetztenrolle" der Staatsbeamten kann und muß man sofort, von heute auf morgen, durch die einfachen Funktionen von „Aufsehern und Buchhaltern" zu ersetzen beginnen, Funktionen, denen der heutige Städter bei seinem Entwicklungsniveau im allgemeinen schon vollauf gewachsen ist und die für einen „Arbeiterlohn" durchaus ausführbar sind.

Organisieren wir Arbeiter *selber* die Großproduktion, davon ausgehend, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, auf unsere Arbeitererfahrung gestützt, mit Hilfe strengster, eiserner Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern" (dazu natürlich Techniker jeder Art, jeden Ranges und Grades) – das ist *unsere* proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution *beginnen*. Ein solcher Anfang führt auf der Basis der Großproduktion von selbst zum allmählichen „Absterben" jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer Ordnung – einer Ordnung ohne Anführungszeichen, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat –, einer Ordnung, bei der die sich immer mehr vereinfachenden Funktionen der Aufsicht und Rechenschaftslegung der Reihe nach von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und schließlich als *Sonder*funktionen einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.

Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die *Post* als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staats*kapitalistischen* Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den „einfachen" Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates – und wir haben einen von dem „Schmarotzer" befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer *aller* Arbeit, wie die Arbeit *aller* „Staats"beamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen. Das ist eine konkrete, praktische Aufgabe, die in bezug auf alle Trusts sofort ausführbar ist, wobei die Werktätigen von der Ausbeutung befreit und die Erfahrungen verwertet werden, die bereits die Kommune (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) praktisch zu machen begann.

Unser nächstes Ziel ist, die *gesamte* Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie *alle* beamteten Personen ein den „Arbeiterlohn" nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen. Das wird uns die Beseitigung des Parlamentarismus und das Beibehalten der Vertretungskörperschaften bringen, das wird die arbeitenden Klassen von der Prostituierung dieser Körperschaften durch die Bourgeoisie befreien.

(Lenin-Werke Bd.25, S.430-440)



W. I. LENIN

DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DER RENEGAT KAUTSKY

BÜRGERLICHE UND PROLETARISCHE DEMOKRATIE

...Nehmen wir den Aufbau des Staats. Kautsky klammert sich an „Kleinigkeiten", sogar daran, daß die Wahlen (nach der Sowjetverfassung) „indirekt" sind, sieht aber nicht den Kern der Sache. Den *Klassen*charakter des Staatsapparats, der Staatsmaschine, bemerkt er nicht. In der bürgerlichen Demokratie werden die Massen von den Kapitalisten mit tausenderlei Kniffen, die um so raffinierter und wirksamer sind, je entwickelter die „reine" Demokratie ist, von der Teilnahme an der Regierung, von der Ausnutzung der Versammlungs- und Pressefreiheit usw. *abgehalten*. Die Sowjetmacht ist die *erste* Macht in der Welt (strenggenommen die zweite, denn die Pariser Kommune hatte dasselbe zu tun begonnen), die die Massen, gerade die *ausgebeuteten* Massen, zur Regierung *heranzieht*. Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament (das in der bürgerlichen Demokratie *nie* über die wichtigen Fragen *entscheidet*: diese Fragen werden von der Börse, von den Banken entschieden) ist den werktätigen Massen durch tausenderlei Hindernisse *versperrt*, und die Arbeiter wissen und empfinden, sehen und fühlen ausgezeichnet, daß das bürgerliche Parlament eine ihnen *fremde* Einrichtung ist, ein *Werkzeug zur Unterdrückung* der Proletarier durch die Bourgeoisie, eine Einrichtung der feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit.

Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert*, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten. Gerade die Vorhut der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Proletariat, erhält